

„Willige Vollstrecker“

Über den luxemburgischen Beitrag an der Verfolgung und Vernichtung der Juden im Zweiten Weltkrieg lag lange Zeit ein Mantel des Schweigens. Bis eine neue Generation von Historikern und Publizisten den Mythos vom Volk der Opfer und Widerständler entzauberte.



Auf einem Foto* sind sieben Männer zu sehen, sechs in Uniform und einer nicht uniformiert. Es sind Mitglieder des Reserve-Polizeibataillons 101 (RPB 101). Sie stehen vor einer Holzscheune, auf dessen Strohdach Schnee liegt. Die Uniformierten im typischen Waffenrock des Polizeibataillons tragen in den Gürteln Granaten, auf den Schultern Gewehre. Einer von ihnen hält eine Maschinenpistole. Hinter einem der Männer liegt links vor der Scheune eine Person leblos auf dem Boden.



Luxemburger Soldaten werden von der Besatzungsmacht verabschiedet.

Wann das Foto, das die Historiker des Musée national de la Résistance bei Recherchen in einer Privatsammlung gefunden haben, entstanden ist, ist unbekannt. Auf der Rückseite sind die folgenden mit Handschrift geschriebenen Worte zu lesen: „Diese Scheune war voll Juden u. Banditen, der Stoßtrupp nach dem Kampf.“ Durch den Vergleich mit anderen Fotos lässt sich folgern, dass das Foto von dem Mann mit der Maschinenpistole stammt. Aus seiner Hinterlassenschaft ist auch die Sammlung.

Die beiden Historiker Jérôme Courtoy und Elisabeth Hoffmann vom Escher Resistenzmuseum haben die Fotos analysiert und damit einen Nachweis für die Beteiligung mindestens eines Luxemburgers an einem Stoßtrupp des RPB 101 erbracht. Sie veröffentlichten einen Teil ihrer Forschungsergebnisse in einem Artikel für die Wochenzeitung „woxx“ am 19. Dezember 2019.

Insgesamt waren 14 Soldaten der luxemburgischen Freiwilligenkompanie

in dem Bataillon der Hamburger Polizeireserve. Die paramilitärische Einheit der Ordnungspolizei RPB 101 war während des Zweiten Weltkrieges an der Ermordung von mindestens 38.000 Juden direkt beteiligt, ebenso an der Deportation von mindestens 45.000 Juden in die Vernichtungslager. Der Öffentlichkeit bekannt wurde das Bataillon, als der US-Historiker Christopher Browning 1992 seine Studie „Ordinary Men: Reserve Police Bataillon 101 and the Final Solution in Poland“ publizierte. Darin stellte



Luxemburg. – Offizier der Waffen-SS im Gespräch mit Heinrich Himmler. Häuserfront mit Hotel Brasseur (links, Hintereingang).



Aufmarsch deutscher Truppen in der Grand Rue in Luxemburg. 10.05.1940.

der Geschichtswissenschaftler anhand von 125 in den 60er Jahren verfassten Vernehmungsprotokollen aus zwei Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Mitglieder des Bataillons die These auf, dass selbst „ganz normale Männer“, so auch der deutsche Titel seines Buches, unter bestimmten Bedingungen in der Lage waren, zu Massenmördern zu werden. Vier Jahre später veröffentlichte sein amerikanischer Historikerkollege Daniel Goldhagen sein Buch „Hitler's Willing Executioners“. Im Gegensatz zu Browning ging er von einem bei Deutschen tief verwurzelten „eliminatorischen Antisemitismus“ aus. Browning wiederum versuchte Goldhagen zu widerlegen, indem er das Beispiel der 14 Luxemburger nannte.

Bis dahin lag über eine mögliche Beteiligung von Luxemburgern am Holocaust der Mantel des Schweigens. Nur wenige, wie zum Beispiel der Journalist Paul Cerf, widmeten sich im Tageblatt und in der revue dem Thema. Erst der Streit zwischen den beiden amerikanischen Forschern fand hierzulande zumindest für kurze Zeit eine heftige Resonanz. Als Erster schrieb der Historiker Lucien Blau am 8./9. Juni 1996 im Tageblatt einen Artikel unter dem Titel „Ein Beispiel unbewältigter Geschichte“. Er analysierte darin die Aussagen von ehemaligen RPB-101-Angehörigen. Einer dieser Männer, der auch in dem Artikel von Courtoy und Hoffmann genannte Jean Heinen, nahm daraufhin in einem vierteiligen Beitrag für das Luxemburger Wort Stellung und wies die Beteiligung der Luxemburger an den Erschießungen weit von sich. Das Justizministerium beauftragte daraufhin den Historiker Paul Dostert mit Recherchen. Dieser erhielt Einsicht in die Untersuchungsunterlagen gegen Mitglieder des RPB 101 und kam zu der Schlussfolgerung, dass „zweifelloso auch Luxemburger an den Morden (in)direkt beteiligt (gewesen) waren“.

Dostert stellte in seinem im Jahr 2000 in der Zeitschrift „Hémecht“ publizierten Beitrag „Die Luxemburger im Reserve-Polizei-Bataillon 101 und der Judenmord

in Polen“ fest: „Mehr als 50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist nun klar, dass auch Luxemburger in den Massenmord an den Juden verstrickt waren.“ Allerdings hatten die (Mit-)Täter „mehr als 50 Jahre geschwiegen und damit verschwiegen, was sie gesehen hatten und woran sie beteiligt waren.“ Hatte „der Verdrängungsprozess die Vermischung mit den Kämpfen gegen Partisanen“ beschleunigt? Der Einsatz des Bataillons und schließlich die Kriegsgefangenschaft in Russland hätten die Erinnerung an die Judenmorde überlagert, meint Dostert. Von der luxemburgischen Nachkriegsgesellschaft wäre ein Eingeständnis auch kaum gewollt gewesen. Schließlich hatte sich das Land in seiner Opferrolle, kombiniert mit dem Widerstandsmythos, bequem eingerichtet.

Die Diskussion um die luxemburgische Beteiligung an der Judenverfolgung erhielt eine erneute Dynamik, als der Historiker Denis Scuto 2013 eine Liste von 280 jüdischen Schulkindern vorlegte, die die luxemburgischen Behörden mithilfe der jeweiligen Schulleiter im Jahre 1940 nach der Besetzung durch die Deutschen der deutschen „Geheimen Staatspolizei“ (Gestapo) übermittelte. Scuto gehört der neuen Generation von Geschichtswissenschaftlern an, die eine Enttabuisierung der Rolle Luxemburgs bei der Judenverfolgung vorantrieben. 2015 legte er eine weitere Liste vor, dieses Mal von polnischen Juden, die am 21. November 1940 der Verwaltungskommission unter Gauleiter Gustav Simon übergeben worden waren. Zur Enttabuisierung trug nicht zuletzt der Historiker Vincent Artuso bei (siehe Interview), den der damalige Premierminister Jean-Claude Juncker 2013 beauftragt hatte, die Rolle der Luxemburger Verwaltungskommission zu erforschen, die seit dem Einmarsch der Deutschen am 10. Mai 1940 bis zu ihrer Auflösung im Dezember desselben Jahres bei der Judenverfolgung spielte. Der 264 Seiten lange sogenannte Artuso-Bericht kam zum Schluss, dass die Verwaltungskommission durch die systematische



Identifizierung und Auflistung der jüdischen Einwohner Luxemburgs in der Tat eine Mitschuld trug.

In seinem kürzlich erschienenen Buch „Luxemburg im Schatten der Shoah“ beschreibt Mil Lorange das tragische Schicksal der deportierten Juden Luxemburgs, die in sieben Deportationswellen aus Luxemburg in die Konzentrations- und Vernichtungslager gebracht wurden. Einmal mehr wird dadurch die grenzenlose Unmenschlichkeit deutlich, mit denen die Nazis ans Werk gingen. Der Autor berichtet von antisemitischen Handlungen vor und während des Krieges, „von Judenverfolgung, von Judenvertreibung, vom Ausschluss jüdischer Schüler und Schülerinnen aus den Luxemburger Schulen, von Erniedrigung, Entwürdigung, Stigmatisierung und Entmenschlichung der jüdischen Bürger Luxemburgs im öffentlichen Raum, von Beschlagnahmung jüdischer Wohnungen und Geschäfte, von Konzentrierung älterer und kranker jüdischer Menschen im Kloster Fünfbrunnen im hohen Norden des Landes“ – und schließlich von den Deportationen.

Von den fast viertausend jüdischen Einwohnern in Luxemburg zum Kriegsbeginn lebten am Kriegsende nur noch etwa 60 im Großherzogtum, in sogenannten Mischehen oder versteckt. „Die Auslöschung jüdischen Lebens“, wie sie Mil Lorange in seinem Buch schildert, das gründlich recherchiert ist und das die Geschehnisse und Zusammenhänge übersichtlich analysiert, ist auch die Geschichte eines menschlichen Versagens. Lorange bringt es mit dem Begriff „Reise ans Ende der Menschlichkeit“ in seinen Kapiteln über die sieben Deportationen auf den richtigen Nenner. „Insgesamt geht man von ca. 1.300 Juden aus, die beim deutschen Einmarsch noch in Luxemburg lebten und durch das Nazi-Regime ermordet wurden“, schreibt Lorange. 658 wurden direkt nach Osten deportiert, 44 von ihnen überlebten. Andere jüdische Bewohner Luxemburgs waren nach dem deutschen Einmarsch nach Frankreich oder Belgien geflohen

oder dahin abgeschoben worden – nicht wenige wurden später von den Nazi-Besatzern gefasst und deportiert. Im hinteren Teil seines Buches geht Lorange der Frage nach, „wie Luxemburger Soldaten in Osteuropa zu Teilnehmern am Judenmord wurden“. Wie sie dazu kamen, an der „Aktion Reinhard“, der Vernichtung von 3 Millionen Juden in Polen, teilzunehmen, insbesondere an der größten Massenerschießungs-Einzelaktion des Zweiten Weltkriegs, bei der die Deutschen an zwei Tagen mindestens 40.000 Menschen massakrierten und die sie zynisch „Erntefest“ nannten.

Bereits 2017 hatte sich Lorange in einem Artikel für das Tageblatt mit den Luxemburger Angehörigen des RPB 101 befasst und Auszüge aus einem zuvor nie publizierten achtstündigen Interview von Jean Heinen mit dem Publizisten Victor Weitzel veröffentlicht. In seinem aktuellen Buch, in dem unter anderem die bereits im Tageblatt erschienen Artikel gesammelt sind, ist Lorange noch weiter gegangen und zitiert aus den bisher unveröffentlichten Memoiren eines einstigen RPB-101-Mitglieds. Lorange rollt das Thema der luxemburgischen Beteiligung an der „Shoah“ auf (das hebräische Wort für Katastrophe oder Unheil und im allgemeinen Sprachgebrauch ein Synonym des aus dem Griechischen abgeleiteten Wortes „Holocaust“). Der Autor beschreibt den rassistischen Antisemitismus der Nationalsozialisten, der sich seit der Machtübernahme der Nazis um Adolf Hitler in Deutschland im Jahr 1933 über die Nürnberger Rassengesetze 1935, den Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dem Überfall der Deutschen auf Polen im September 1939 ausbreitete und schließlich in der „Ausrottung“ von fast sechs Millionen europäischen Juden endete.

Das Reserve-Polizeibataillon 101 war an der Ermordung von mindestens 38.000 Juden direkt beteiligt.

Besonders gefürchtet neben den Einheiten der SS waren die Polizeibataillone der Ordnungspolizei, darunter das genannte Reserve-Polizeibataillon. Die ursprünglich 15 Luxemburger im Bataillon, einer von ihnen blieb krankheitshalber in Hamburg, stammten aus der 1881 gegründeten Freiwilligenkompanie, die im August 1940 in die deutsche Schutzpolizei eingegliedert worden war. Der Reichsführer SS und der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, zeigte sich bei seinem Besuch in Luxemburg am 8. September 1940 sichtlich beeindruckt von der gut ausgebildeten Truppe. „Das sind die Meinigen“, soll er gesagt haben. Dabei sei erwähnt, dass am 1. November 1940 zusätzlich 50 Männer rekrutiert wurden, 60 sich meldeten und schließlich 51 einberufen wurden, um in der deutschen Polizei zu dienen.

Die insgesamt 465 Soldaten starke Kompanie wurde im Dezember 1940 zu einer fünfmonatigen Ausbildung

nach Weimar gebracht. Ihnen wurde zwar versprochen, dass sie nach der Umschulung wieder in ihrer Heimat eingesetzt würden. Doch das Versprechen wurde nur teilweise gehalten, denn nur hundert Soldaten wurden nach Luxemburg zurückbeordert. Außer 23 Männern, die noch in Weimar entlassen wurden, kamen die verbliebenen 340 in verschiedenen Einheiten und an verschiedenen Standorten zum Einsatz, 27 davon in der Waffen-SS, 211 kamen nach Köln zur Polizeieinsatzabteilung und zur Polizeikompanie in Bottrop-Recklinghausen, bis sie in der 4. und 5. Kompanie des RPB 181 im Partisanenkampf in Jugoslawien eingesetzt wurden. Aufgrund anhaltender Befehlsverweigerung wurde die 5. Kompanie wegen Unzuverlässigkeit wieder aus Jugoslawien abgezogen und kam nach Innsbruck, wo sie einen Eid auf Hitler ablegen sollten. Doch zahlreiche Luxemburger verweigerten dies und kamen deshalb in Gefangenschaft. Nach der Auflösung ihrer Kompanie wurden die verbliebenen Luxemburger nach Essen, Kiel, Köln und Hamburg versetzt.

Das RPB 101 wurde im Juni 1942 nach Polen zur „Aktion Reinhard“ zur Vernichtung der Juden entsandt. Die 14 Luxemburger waren mit einem Durchschnittsalter von 22 Jahren deutlich jünger als die anderen Mitglieder des Bataillons, die Ende 30 bis Anfang 40 waren. Die Aufgaben des RPB 101 bestanden in Massenerschießungen von Juden, in Umsiedlungen und Räumungen von Ghettos sowie in Deportationen von Juden in die Vernichtungslager, ebenso sogenannte Judenjagden und

Einsätze gegen polnische Partisanen. Einige der Luxemburger gehörten dem Vorkommando an und hatten den Befehl, die Quartiere vorzubereiten. Allein am 13. Juli 1942 kam es in Jozefow zu einem Massaker an 1.500 Juden. Laut der Nachforschungen von Paul Dostert waren daran keine Luxemburger beteiligt, womöglich weil „sie noch als potenziell unsicherer Fremdkörper im Bataillon galten, auf den man sich in Extremsituationen nicht glaubte verlassen zu können“. Die RPB-101-Mitglieder Jean Heinen, Nicolas Schumacher und Roger Wietor berichteten 1986 zwar über die Partisaneneinsätze, aber nicht über die Erschießungen und Deportationen von Juden. Dabei konnten die anfänglichen Einsätze kaum etwas mit Partisaneneinsätzen zu tun haben, wie Dostert feststellt, denn „diese fanden erst zwischen Januar 1943 und Juni 1944 statt“. Zudem „Partisaneneinsätze“ bis dahin nichts anderes waren, als ein Tarnbegriff für einen Vernichtungseinsatz gegen Juden oder gegen die nichtjüdische Bevölkerung.

Im Interview mit Weitzel gab Heinen zu, dass die Luxemburger an einigen „Judenaktionen“ beteiligt gewesen seien, wie zum Beispiel an der „Aktion Erntefest“ (darüber schrieb er auch in seinem Leserbrief im Luxemburger Wort). Allerdings stritt er ab, dass Luxemburger Juden getötet hätten. Ob und wie die Luxemburger nun an den Holocaust-Verbrechen beteiligt waren, ist seit der Debatte zwischen Browning und Goldhagen umstritten. Die Polizisten des Reservebataillons hatten jedenfalls den Auftrag, „alle Juden zusammenzutreiben,

Buch zum Thema

Mil Lorang war beruflich in den Bereichen Kongressorganisation und Kommunikation tätig. Unter anderem leitete er die Presse- und Kommunikationsabteilung des OGBL. Außerdem veröffentlichte er verschiedene Gastbeiträge in der luxemburgischen Presse zu verschiedenen gesellschaft-

lichen Themen. Seit 2016 recherchiert und publiziert er im Rahmen von MemoShoah Luxembourg zum Thema Judenverfolgung in Luxemburg unter der Nazibesatzung. Dazu findet im Rahmen des 75. Jahrestages der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee eine vom OGBL organisierte Veranstaltung statt.

Mittwoch, 29. Januar 2020 um 19.30 Uhr in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Resistenzmuseum und MemoShoah Luxembourg. Buchvorstellung von Mil Lorang, Lesung von Auszügen durch Jay Schiltz, Schlussbemerkungen von Frank Schroeder, Direktor des Musée national de la Résistance.



Mil Lorang:
Luxemburg im Schatten der Shoah.
 Hrsg. MemoShoah Luxembourg,
 Éditions Phi, Esch/Alzette 2019.
 201 Seiten.





Die 14 Luxemburger des Reserve-Polizeibataillons 101

Von den fast vier-tausend jüdischen Einwohnern in Luxemburg zum Kriegsbeginn lebten am Kriegsende nur noch etwa 60, in sogenannten Mischehen oder versteckt.

die arbeitsfähigen Männer abzusondern, um sie dann in ein Arbeitslager zu bringen“. Frauen, Kinder und ältere Männer wurden hingegen erschossen. Der zuständige Kommandeur Major Wilhelm Trapp ließ es seinen Männern offen, an der Erschießung teilzunehmen oder nicht. Zwar gab Jean Heinen später zu, dass er am Transport von Juden und an Ghettoräumungen teilgenommen hatte, jedoch nicht aktiv bei Erschießungen und nur bei Absperrungsdiensten. Vor allem versuchte er, seinen Einsatz zu relativieren. Ein weiterer Luxemburger aus dem RPB 101 berichtete: „Wir gingen zu Fuß in den Ort und auf dem Weg zum Marktplatz lagen überall Leichen. Sie lagen auf der Straße, vor den Häusern, in den Häusern. Es handelte sich um Angehörige der jüdischen Bevölkerung: Männer, Frauen, Kinder, Jugendliche und Alte.“

Die Schlussfolgerung, dass die Luxemburger gehorsame Gefolgsleute waren, aber ebenso „willige Vollstrecker“, wie es Goldhagen auf die Deutschen bezog, lassen die positiven Gutachten seitens ihrer Vorgesetzten zu, wie es zum Beispiel Hauptmann Julius Wohlauf am 10. September 1942 ausstellte. Bis dahin hatte es schon mehrere Erschießungen gegeben. Die Luxemburger waren dabei nicht „negativ“ im Sinne mangelnder Bereitschaft aufgefallen. Beweise für Befehlsverweigerungen sind nicht bekannt. Auch nicht im folgenden Fall vom Januar 1943, als die Truppe einen „Judenversteck“ entdeckt hatten: „Leutnant Boysen gab nun einem Soldaten den Befehl, die Bäuerin zu erschießen. Dieser lehnte dies ab, da die Frau hochschwanger sei. Daraufhin befahl Boysen dem Luxemburger Q.S., die Bäuerin zu erschießen. Q.S. führte den Befehl aus.“

Oberstes Gebot war für die Polizisten bzw. Soldaten, nicht aufzufallen. Sie mussten eine Geheimhaltungserklärung über ihre Einsätze unterzeichnen. Zwei Luxemburger aus dem Bataillon wurden gar zur Gestapo abkommandiert, einer fügte sich selbst eine Schusswunde zu, drei weitere kamen in Kriegsgefangenschaft. Und vier desertierten schließlich, allerdings erst, nachdem sie an die Front geschickt worden waren. Die im Krieg gefallen waren erhielten später posthum die Auszeichnung „mort pour la patrie“. Festzuhalten ist aber auch, „dass über die Hälfte der Luxemburger der Freiwilligenkompanie in Konflikt mit der Hierarchie geraten war, was ein außergewöhnlich hoher Anteil war“, sagt Lorang im Interview

mit revue. Außergewöhnlich war aber auch, dass die Luxemburger Mitglieder des Reserve-Polizeibataillons gerade nicht besonders auffallen wollten. Sie machten alles mit. In Fitness und Ausbildung ihren Bataillonskameraden überlegen, waren sie vorbildlich. Dass jene von ihnen, die später behaupteten, nur „Absperrdienste“ geleistet zu haben, erscheint daher umso weniger glaubhaft. „Sie stiegen sogar im Dienstgrad, einige wurden bis zum Oberwachmeister befördert“, weiß Mil Lorang. Eine besondere Note lieferte dabei Jean Heinen, nach dem Krieg Hauptkommissar bei der „Sûreté“. Wie zwei andere Luxemburger erhielt er von den Deutschen das Kriegsverdienstkreuz zweiter Klasse mit zwei Schwertern. „Das bekam man nicht, wenn man nur ‚abgesperrt‘ hatte“, betont Lorang. „Der Chef der 1. Kompanie und stellvertretende Bataillonskommandeur, der später zu acht Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hatte 1944 die gleiche Auszeichnung bekommen.“

Text: **Stefan Kunzmann**

Fotos: **Tony Krier/Photothèque de la Ville de Luxembourg (2), Bundesarchiv, Private Sammlung, Philippe Reuter**

* Das Foto liegt dem Musée national de la Résistance vor.

Nach einer bisherigen Publikation soll erst vorerst aus Rücksicht auf die Familie der Nachkommen nicht veröffentlicht werden.

Weitere Infos :

Am kommenden Montag findet um 19.00 Uhr in Esch auf der „Place de la Synagoge“ eine Gedenkfeier im Rahmen der Gedenken an 75 Jahre Befreiung von Auschwitz statt. Um 20.00 Uhr ist dann im Escher Theater das Concert „Tehorah“.

Ticketreservierung unter der Telefonnummer: 2754-5010 oder via Internet www.theatre.esch.lu

„Wahl der Fügung“

Der Historiker Vincent Artuso erklärt unter anderem, warum es so lange gedauert hat, dass über die luxemburgische Beteiligung am Holocaust so lange geschwiegen wurde.

Was sind die neuen Erkenntnisse, was die Luxemburger Beteiligung an der Shoah betrifft?

Neu ist zum einen die Bereitschaft, auch diese Aspekte des Zweiten Weltkrieges zu betrachten. Wir sind ein Stück von dem nationalen Mythos weggekommen, der in den 50er Jahren entstanden war, dass die Luxemburger sich einig im Widerstand gegen die deutschen Besatzer waren. Dieser Mythos dominiert heute nicht mehr, was Historikern und Publizisten ermöglicht, die Frage der Kollaboration zu studieren, unter anderem an der antisemitischen Politik des Dritten Reiches. Das sind jetzt keine Gerüchte mehr. In den letzten Jahren haben wir eindeutige Beweise gefunden. Zum Beispiel dafür, dass sofort nach dem Abgang der Regierung ins Exil hierzulande eine Verwaltungskommission ins Leben gerufen wurde, die nicht nur ein Verwaltungsgremium, sondern de facto eine Regierung war und sich auch als solche betrachtet hat. Ihre Politik war es, mit dem Dritten Reich zu kollaborieren – im Gegenzug für die Anerkennung der Luxemburger Unabhängigkeit. Und im Rahmen dieser Kollaboration hat sie auch an der Verfolgung der Juden durch die deutsche Zivilverwaltung in Luxemburg teilgenommen.

Gab es auch eine antisemitische Motivation?

Der Antisemitismus war schon vorher unterschwellig stark verbreitet. Allerdings gab es in Luxemburg keine politische Bewegung oder Partei, die ein Programm der Ausrottung verteidigt hätte. Ein bestimmter Bevölkerungsanteil wollte jedoch die Ausgrenzung der Juden und die Begrenzung der jüdischen Einwanderung. Diese Forderungen tauchen sogar noch im August 1941, im Programm der Resistenzorganisation „Letzebuenger Volleks Legioun“ (LVL) auf.

Weshalb wollte man die jüdischen Einwanderer nicht?

Weil sie als besonders „fremdartige“ und „gefährliche“ Ausländer betrachtet wurden. Diese Einstellung entsprang dem luxemburgischen Nationalismus, der sich besonders in den Zwischenkriegsjahren stark entwickelt hatte. Es war ein ethnischer, völkischer Nationalismus. Die Grundidee war, dass die Luxemburger einer gemeinsamen Rasse angehörten, dem Luxemburger Blut wurde aber auch der Katholizismus als ein wesentlicher Bestandteil der Luxemburger Identität angesehen. Ein echter Luxemburger hatte Luxemburger Blutes und katholischen Glaubens zu sein. Daher die Ablehnung der Juden aber auch der Italiener oder der evangelischen Deutschen. Der Grund, wieso die Juden dann aber trotzdem in den Vorkriegsjahren eine besondere Aufmerksamkeit auf sich zogen, war, dass sie immer zahlreicher im Land wurden. In den 30er Jahren war die Zahl der Ausländer aufgrund der Wirtschaftskrise stark zurückgegangen. Die jüdischen Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich bildeten die einzige Gruppe, die zunahm. Die damaligen Regierungen, sei es die schwarz-blaue bis 1937 oder danach die schwarz-rote, praktizierten ihnen gegenüber im Grunde eine ähnliche Politik: Sie wollten humanistisch handeln, andererseits wollten sie wegen der Angst vor „Überfremdung“ auch nicht allzu viele Juden reinlassen.

Also reagierten sie auf eine fremdenfeindliche Stimmung.

Es gab eine xenophobe Atmosphäre, im wahrsten Sinne des Wortes: eine Angst gegenüber Ausländern. Diese Angst, dass die Luxemburger Nation durch „Überfremdung“ – heute würde man in manchen Kreisen von „Großem Umtausch“ sprechen – war vielleicht im katholisch-konservativen Lager stärker ausgeprägt. Wenn man jedoch die Presse aus dieser Zeit liest, erkennt man aber, dass selbst unter Liberalen und Sozialisten diese Angst allgegenwärtig war. Die Geburtenrate war in der Zwischenkriegszeit stark

zurückgegangen, das Thema wurde regelmäßig in der Presse in Bezug besprochen und mit den Einwanderungszahlen verglichen, was wiederum das Bild eines schrumpfenden, bedrohten Volkes ergab. Schlussendlich soll man auch nicht vergessen, dass die zwei zahlenmäßig wichtigsten ausländischen Gemeinschaften, die deutsche und die italienische, auch als potentielle 5. Kolonne ihrer damals totalitären Herkunftsländer angesehen wurden.

Was hat die Verwaltungskommission dazu bewogen, zum Beispiel Listen von jüdischen Schülern zu erstellen?

Bei dem Zeitgeist, der damals vorherrschte, waren die meisten Staatsdiener der Überzeugung, dass es keine Alternative gab. In den ersten Phasen der Besatzung, also vom 10. Mai 1940 bis zum Anfang der deutschen Invasion in der Sowjetunion, am 22. Juni 1941, herrschte die Idee vor, natürlich nicht nur in Luxemburg, dass Deutschland den Krieg gewonnen hatte. Frankreich war innerhalb von zwei Monaten besiegt worden, Großbritannien war isoliert und fast waffenlos, die Sowjetunion hatte mit dem Deutschen Reich einen Nichtangriffspakt geschlossen und die USA waren noch neutral. So lautete die Devise, sich zu fügen. Für die Kollaboration wollte man aber Garantien für den Fortbestand der Luxemburger Unabhängigkeit.

Die hat man aber nicht bekommen.

Die Vorgehensweise ergab absolut keine Garantien. Und ab September/Oktober 1940 war die vorherrschende Meinung unter den Eliten und im Staatsapparat, dass es nun galt, alles zu tun, um seinen Platz zu behalten. Es war eine Wahl der Fügung. Die Befehle vom Gauleiter Gustav Simon, auch seine antisemitische Politik, wurden Ende 1940/Anfangs 1941 als legitim angesehen. Das sieht man zum Beispiel, als Simon anordnete, die Juden aus dem Schuldienst zu entlassen. Wer war konkret dafür zuständig, die Juden zu identifizieren und sie aus den



Vincent Artuso

Der Historiker beschäftigt sich vor allem mit der Geschichte Luxemburgs im Zweiten Weltkrieg. 2013 wurde seine Dissertation über die Kollaboration im Großherzogtum während der deutschen Besatzung publiziert. Von der Regierung beauftragt, über die Kollaboration der Luxemburger Behörden an den Judenverfolgungen der deutschen Zivilverwaltung zu forschen, überreichte er 2015 den sogenannten Artuso-Bericht, was die Abgeordnetenkommission dazu bewegte, sich offiziell bei der jüdischen Gemeinschaft zu entschuldigen.

„Wir sind ein Stück von dem nationalen Mythos weggekommen, der in den 50er Jahren entstanden war, dass die Luxemburger sich einig im Widerstand gegen die deutschen Besatzer waren?“

Schulen zu entfernen? Die Schuldirektoren. Ich denke da an einer Antwort vom Direktor des Mädchenlyzeums in Esch, in der man ungefähr lesen kann: Wir haben zwar keine Juden im Haus, aber ich habe bei jemandem meine Zweifel, der möglicherweise Halbjude, aber im Moment in Frankreich ist. Der Direktor hätte ja also schweigen können. Er hätte ja auch davon ausgehen können, dass Luxemburg de facto, also illegal, von Deutschland annektiert worden war und dass die Verordnungen des Gauleiters deshalb nicht rechtmäßig waren. Er entschied sich aber die möglichst gründlichste Antwort zu geben. Wieso? Weil er, wie die große Mehrheit der Luxemburger Beamten die Übermacht der Deutschen akzeptiert hatte.

Waren auch die Mitglieder der Freiwilligenkompanie „gründlicher als nötig“?

Diese Frage ist schwieriger zu beantworten. Die Geschichte der Freiwilligenkompanie ist viel ambivalenter – und auch tragisch. Von den 461 Soldaten der Kompanie, die auf die deutschen Streitkräfte verteilt wurden, haben bis zum Ende des Krieges 260 sich entschlossen, nicht mehr zu gehorchen, den Eid auf Hitler nicht zu

leisten. Sie kamen ins Gefängnis oder ins KZ. 50 von ihnen sind gestorben.

Und die 14 Soldaten, die ins Polizeireservebataillon 101 kamen?

Von Christopher Browning und Daniel Goldhagen, aber auch von luxemburgischen Historikern wie Lucien Blau und Paul Dostert, sowie zuletzt von Mil Lorang, Elisabeth Hoffmann und Jérôme Courtoy, wissen wir, dass diese 14 im RPB 101 nicht etwa abgekapselt waren, sondern dass sie sich gut integriert hatten. Der Kommandant des RPB 101, Major Wilhelm Trapp, hatte es seinen Männern erlaubt, nicht an Massenerschießungen von Juden teilzunehmen. Nur wenige haben diese Gelegenheit genutzt. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass ein Luxemburger sich dazu entschlossen hat, sich zu weigern. Nun wissen wir auch, dass sie aktiv an der sogenannten Partisanenbekämpfung teilgenommen haben. Dies bedeutete, im damaligen Distrikt Lublin, also im besetzten Polen, wo das Bataillon stationiert war, nach versteckten Juden und Widerstandskämpfern zu fahnden und sie auf der Stelle zu erschießen. Eines der Fotos, welche Elisabeth Hoffmann und Jérôme Courtoy gefunden haben, zeigt einen Stoßtrupp vor

einer Scheune. Im Hintergrund ist eine Leiche zu sehen. Der Stoßtrupp besteht aus sieben Männern, einer in Zivilkleidung und die anderen in Uniform. Der dritte von rechts trägt eine Maschinenpistole. Er war ein Luxemburger. Das Foto stammte von ihm. Auf der Rückseite des Fotos ist zu lesen: „Diese Scheune war voller Juden und Banditen. Der Stoßtrupp nach dem Kampf“. Die Luxemburger waren also nicht einfach nur passive, ausgesonderte Mitglieder des RPB 101, sondern volle und sehr aktive Mitglieder. Sie waren auch die jüngsten, bestausgebildeten und fittesten. Die Deutschen im Bataillon waren „ganz normale Männer“, wie Brownings Buch heißt. Es waren weder Polizisten noch Soldaten, sondern Reservisten, die meisten Ende 30, Anfang 40. Die Luxemburger hatten ein anderes Profil. Sie waren eher Anfang 20, hatten sich freiwillig in der Luxemburger Armee gemeldet, hatten also eine militärische Ausbildung erhalten.

Browning beschreibt die Taten des RPB 101, das als gefürchtet galt.

Sie haben etwa 38.000 Juden erschossen und 45.000 in die Vernichtungslager deportiert. Und sie erschossen eine nicht bekannte Zahl von

„Jahrzehntelang war es unmöglich, irgendein Komma in dieser Erzählung anzufassen.“

Widerstandskämpfern, die sich in den Wäldern vom Distrikt Lublin versteckt hielten. Wie gesagt, überließ der Bataillonskommandant Trapp vor dem ersten Massaker seinen Männern die Wahl. Wer nicht schießen wollte, konnte nach vorne treten. Dies taten vielleicht zehn ältere Soldaten.

Mussten diese keine Konsequenzen fürchten?

Es ist ihnen nichts passiert. Sie wurden zum Beispiel nicht eingesperrt. Wir können die 14 des PRB 101 nicht mit uns vergleichen, wohl aber mit ihren Kameraden der Freiwilligenkompanie, die in andere deutsche Einheiten integriert wurden. Trotz der bewussten wahren Gefahr hat sich mehr als die Hälfte von ihnen geweigert den Deutschen zu gehorchen.

Was wurde nach dem Krieg aus ihnen?

Wenn sie diesen überlebt hatten, machten sie Karriere. So schrecklich das klingt: Diese Dienstjahre wurden ihnen angerechnet und vom Luxemburger Staat anerkannt.

Zum Beispiel Jean Heinen...

... der es später zum Chef bei der Sureté brachte, bei der Kriminalpolizei. Von den 14 Luxemburgern im PRB 101 fielen fünf im Krieg. Sie bekamen den Titel „mort pour la patrie“. Man kann dies mit den elsässischen und lothringischen Soldaten vergleichen, die im Ersten Weltkrieg gefallen sind. Sie hatten auf deutscher Seite gekämpft. Der französische Staat entschied sich trotzdem sie anzuerkennen, um politischen Konsens und Ordnung zu wahren. Nach dem Krieg stand auch bei ihnen „mort pour la patrie“ auf den Gräbern. Aber es wurde ja nicht spezifiziert, für welches Vaterland... In Luxemburg nach dem Zweiten Weltkrieg kann man das so erklären, dass die luxemburgische Gesellschaft sehr gespalten aus dem Krieg kam und die Säuberungen die Gesellschaft bis in die 50er Jahre tief zerrissen haben.

Nun dauerte es ein halbes Jahrhundert, bis das Thema von der luxemburgischen Beteiligung am Reserve-Polizeibataillon 101 aufgegriffen wurde.

Warum wurde so lange geschwiegen?

Wie gesagt wegen des Drucks, der von dem Mythos ausging. Dieser entstand in den 50ern, weil es darum ging zu

verstecken und auch zu vergessen, wie tief die Luxemburger Gesellschaft gespalten war. Damit sollte Schluss sein. Daher wurden alle zu Widerstandskämpfern erklärt, gestorben fürs Vaterland. Danach kam der Druck der Erinnerungslobby, die ein Interesse daran hatte, dass dieser Mythos weiterlebte. Es ging um die Anerkennung der Widerstandskämpfer und später auch der Zwangsrekrutierten. Wenn man den Zweiten Weltkrieg als einen Wendepunkt in der Luxemburger Geschichte gefunden hatte, in dem die Luxemburger Nation endlich zu sich gefunden hatte, war es ihnen zu verdanken. Das alles hatte dazu geführt, dass es jahrzehntelang unmöglich war, irgendein Komma in dieser Erzählung anzufassen. Heute sind die Erinnerungslobbys nicht mehr so einflussreich, weil ihre Gründungsmitglieder entweder alt oder nicht mehr am Leben sind. Und die Angst vor der Überfremdung besteht nicht mehr in diesem Maße wie vor dem Krieg. Die alten Hemmungen sind nicht mehr da. \

Interview: **Stefan Kunzmann**

Fotos: **Philippe Reuter, United States Holocaust Memorial Museum, courtesy of Staatsanwalt beim Landgericht Hamburg**

Bei der besonders brutalen Massenerschießung in Lomazy war nur die 2. Kompanie eingesetzt, also nicht die Kompanie, in der sich die 14 Luxemburger befanden. Dazu kamen noch 40 bis 50 Hiwis (Abkürzung für „Hilfswillige“). Es handelte sich um Männer aus Litauen, Lettland oder der Ukraine.



Mendes' Liste

Als portugiesischer Generalkonsul in Bordeaux rettete er Tausende Flüchtlinge, darunter auch Luxemburger, indem er ihnen Visa ausstellte. Das Nationalarchiv hat Aristides de Sousa Mendes eine Ausstellung gewidmet.

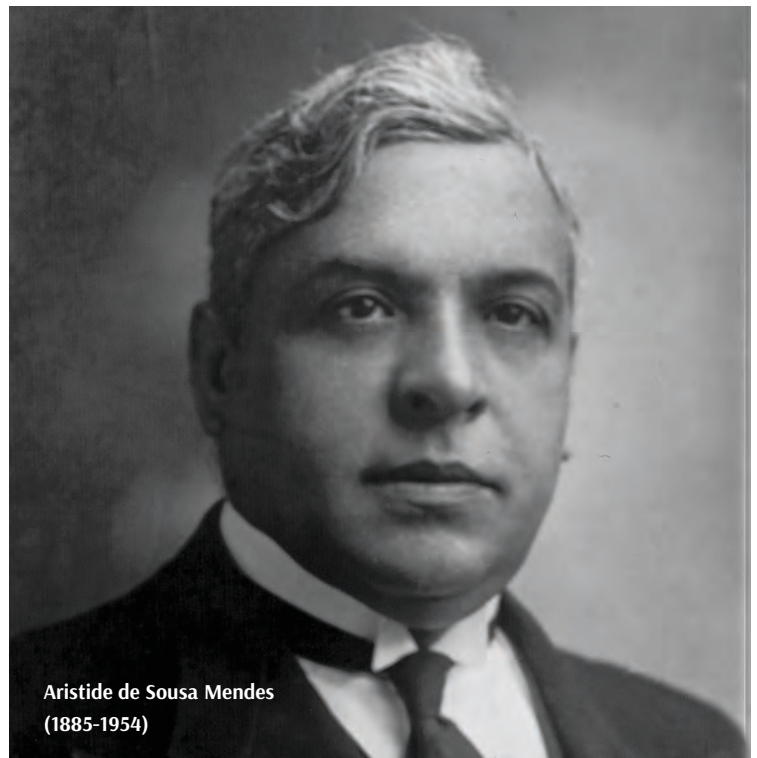
Ist die Zeit stehen geblieben? Wer durch Coimbra spaziert, trifft womöglich das eine oder andere Mal auf Studenten, die in ihrer traditionellen schwarzen Tracht an eine Harry-Potter-Verfilmung erinnern. In der Stadt befindet sich nicht nur die älteste Universität Portugals, sondern auch eine der ältesten Europas. Im Jahr 1290 gegründet, absolvierten dort einige berühmte Portugiesen ihre Studien: von dem großen Dichter Luis de Camões über António de Oliveira Salazar bis zu Aristides de Sousa Mendes. Salazar war fast 40 Jahre lang Staatschef des Landes und errichtete den „Estado Novo“, eine autoritäre Diktatur, de Sousa Mendes war Diplomat und diente diesem Staat über viele Jahre. Salazar wurde erst vor ein paar Jahren in einer Umfrage zum bedeutendsten Portugiesen aller Zeiten gewählt, Platz drei nahm de Sousa Mendes ein.

Die beiden Männer waren ungefähr gleich alt – Salazar wurde 1889 in Vimieiro geboren, de Sousa Mendes 1885 in Cabanas de Viritão bei Viseu – und kamen aus derselben Gegend der Provinz Beira Alta. Beide studierten Jura und traten in den Staatsdienst. Während Salazar aus einer Bauernfamilie stammte, kam de Sousa Mendes aus einer alten Adelsfamilie, sein Vater war Richter in Coimbra. Der junge Aristides wollte nicht in dessen Fußstapfen treten, sondern Diplomat werden. So bewarb er sich wie sein Zwillingbruder César im Außenministerium in Lissabon. Er bestand die Aufnahmeprüfung und wurde zuerst Konsul zweiter Klasse in British Guyana, danach Vertreter Portugals beim Sultan von Sansibar. Schließlich folgten Missionen in den beiden südbrasilianischen Städten Curitiba und Porto Alegre. Nachdem er aufgrund des Vorwurfs, Monarchist und Feind der Republik zu sein in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden war,

setzte er seine Diplomatenkarriere im Konsulat von San Francisco fort.

Als Salazar 1932 Premierminister wurde, ernannte er César de Sousa Mendes zum Außenminister, entließ ihn aber wieder nach knapp einem Jahr, weil dieser ihm widersprochen hatte. Der „Estado Novo“ wird heute von Historikern zwar nicht als Faschismus, aber als konservativ-autoritäre Diktatur bezeichnet: ein Ein-Parteien-Staat mit einer Jugendorganisation, die die Hitlerjugend als Vorbild hatte, einem Unterdrückungsapparat mit einer paramilitärischen Miliz „Legião

Portuguesa“ und einer Geheimpolizei, der „Policia Internacional e de Defesa do Estado“ (PIDE), die Regimegegner ermordete. Die Brüder de Sousa Mendes gingen auf Distanz zum Regime, César eher still, Aristides drastischer, indem er Salazar unter anderem als „portugiesischen Stalin“ bezeichnete. Im Gegensatz zu dem strengen, disziplinierten Diktator war de Sousa Mendes ein Genussmensch. Der Vater von 14 Kindern – zwei starben früh – feierte gern und gab sich großzügig. Seinen Posten als Konsul in Antwerpen hatte er 1929 angetreten, bis Salazar, der selbst das Amt des Außenministers



Aristide de Sousa Mendes
(1885-1954)

Salazar und de Sousa Mendes kamen aus derselben Gegend – und konnten unterschiedlicher nicht sein.



Henri und Elisabeth Ermann (links), Renée Ermann (2. von rechts)

Familie Ermann erlebte eine jahrelange Odyssee – und kehrte nach Luxemburg zurück.

angenommen hatte, ihn 1938 ablöste und als Generalkonsul nach Bordeaux versetzte. Zu dieser Zeit erkannte de Sousa Mendes die Gefahr des Krieges und brachte die meisten seiner Kinder nach Portugal. Sein Bruder César, Botschafter in Warschau, konnte Polen erst nach Kriegsbeginn verlassen, als die deutsche Wehrmacht das Land besetzt hatte.

Salazar blieb in Portugal nicht zuletzt deshalb lange Zeit noch populär, weil er sein Land aus dem Zweiten Weltkrieg heraushalten konnte. Er setzte auf die Strategie der „Nebelschwaden“ und der „kooperativen Neutralität“, wie es Brigitte Kramer in einem Artikel für die deutsche Zeitschrift „Mare“ vom Dezember 2013 ausdrückte. Beispielhaft dafür war ein Rundschreiben, das „Circular 14“, vom November 1939 an alle portugiesischen Auslandsvertreter. Darin stand das Verbot, ein Visum an alle „Ausländer mit undefinierter oder angezweifelter Nationalität, mit Einbürgerungsanträgen in Bearbeitung sowie Staatenlose und Juden, die aus ihrem Herkunftsland oder dem Land, in dem sie Bürger waren, vertrieben wurden“ zu erstellen. Doch einer seiner Diplomaten ignorierte die Anweisung: Aristides de Sousa Mendes, den Brigitte Kramer als „spontan, impulsiv, großzügig“ beschreibt und dessen Handeln von Gerechtigkeits-sinn, christlichem Glauben und Menschlichkeit geprägt seien. Die Journalistin stützt sich in ihren Recherchen vor allem

auf das Buch „Der Gerechte von Bordeaux“ über de Sousa Mendes, das der Franzose José-Alain Fralon geschrieben hatte.

Spätestens seit dem Rundbrief vom November 1939 empfand de Sousa Mendes für Salazar Verachtung. Ohne Angabe von Gründen beantragte er seine Rückberufung nach Lissabon, erhielt jedoch keine Antwort. Der Generalkonsul von Bordeaux scherte sich wenig um die Anweisung seines Staatschefs. Stattdessen stellte er zum Beispiel dem österreichischen Geschichtspräsidenten und Theologen Arnold Wiznitzer (1896-1975), der später ein Buch über die Juden in Brasilien verfasste, und dessen Familie ein Visum aus, ebenso dem spanischen Mediziner und Franco-Gegner Eduardo Neira Laporte, damit beide nach Südamerika weiterreisen konnten. Das Außenministerium schickte de Sousa Mendes dafür am 24. April 1940 eine schriftliche Rüge: „Jede weitere Verletzung dieser Regel werde als flagranter Ungehorsam betrachtet und ein Disziplinarverfahren zur Folge haben, wobei nicht zu übersehen sein wird, dass Sie schon mehrfach gewarnt und gerügt werden mussten.“

Doch de Sousa Mendes ließ sich nicht beirren. Während mehr und mehr Menschen auf der Flucht Bordeaux erreichten, wuchs sein Widerwille, die Befehle seiner Regierung zu befolgen. So nahm er zum Beispiel den Rabbiner Chaim Krüger und

dessen Familie in seiner Privatwohnung im ersten Stock des Konsulatsgebäudes auf. Unter den Leuten, die von ihm ein Visum erhielten, befand sich Salvador Dalí – ebenso wie Hélène de Beauvoir, die Schwester von Simone de Beauvoir.

Während Salazar anordnete, dass keines der von de Sousa Mendes ausgestellten Dokumente gültig sei, und nur noch „gente limpa“ (reine Leute) nach Portugal lassen wollte, gemeint waren vor allem „nichtjüdische“ Menschen, schloss sich de Sousa Mendes drei Tage und drei Nächte in seinem Schlafzimmer ein und rang mit sich und seinem Gewissen, zwischen seinem Pflichtbewusstsein für seine Familie und der Nächstenliebe für all die Menschen, die Schutz suchten. Am Morgen des vierten Tages, am 16. Juni 1940, öffnete er seine Zimmertür, trat heraus und verkündete: „Von nun an werde ich allen ein Visum ausstellen. Es gibt keine Nationalitäten, keine Rassen und Religionen mehr.“ Ein Wettlauf mit der Zeit hatte begonnen. Im Generalkonsulat stempelten de Sousa Mendes, sein Sohn Pedro Nunes und Konsulatssekretär José Seabra unablässig Visa ab. Der Sekretär sammelte sogar Pässe der Wartenden auf der Straße ein und legte sie seinem Vorgesetzten zur Unterzeichnung vor. Nachdem die von US-Präsident Franklin D. Roosevelt im März 1938 einberufene Konferenz von Evian zur Flüchtlingsproblematik, an der 32 Staaten teilgenommen hatten, gescheitert war und die Deutschen 1940 Frankreich und die Benelux-Länder besetzt hatten, war Portugal praktisch die einzige Fluchtmöglichkeit aus Europa.

Bis zum 26. Juni, als Frankreich den Waffenstillstand mit dem Deutschen Reich unterschrieb und die Wehrmacht in Bordeaux einrückte, hatte de Sousa Mendes ungefähr 30.000 Menschen vor den Nazis gerettet, 10.000 davon waren Juden. De Sousa Mendes wurde nach Lissabon zurückbefohlen und wegen vorsätzlichen Ungehorsams und Amtsverletzung angeklagt. Er bekam den Diplomaten-titel aberkannt und wurde in den vorzeitigen Ruhestand geschickt. Seine Berufung wurde abgewiesen, ebenso ein Bittbrief seines Bruders. Während einige seiner Kinder auswanderten, mussten de Sousa Mendes und seine Frau in der Suppenküche der jüdischen Gemeinschaft in Lissabon essen. Beide zogen später, weil sie die Miete in der Hauptstadt nicht mehr bezahlen konnten, in sein Heimatdorf, wo die beiden zurückgezogen lebten. Seine Frau

Angelina starb 1948, sechs Jahre später de Sousa Mendes an den Folgen eines Schlaganfalls in einem Krankenhaus in Lissabon, nachdem er 1949 wieder geheiratet hatte und nochmals Vater geworden war. Sein Tod wurde von der Öffentlichkeit weitgehend ignoriert, auch wenn Salazar ein Beileidstelegramm schickte. Nach dem Kriegsende, als er sich den alliierten Siegermächten annäherte, sagte der Diktator in einer Rede: Was die Flüchtlinge betrifft, so haben wir alles getan, was unsere Pflicht war, auch wenn es bedauerlich ist, dass wir nicht mehr tun konnten.“

De Sousa Mendes hat getan, was er konnte. Doch bis zu seiner Rehabilitierung dauerte es lange. Im Jahr 1966 erhielt er posthum in Israel den Ehrentitel „Gerechter unter den Völkern“ verliehen. 1967 überreichte der israelische Konsul seiner Tochter Joana die „Goldene Medaille der Gerechten“ in Andenken an ihren Vater als einzigem Portugiesen. In Yad Vashem wurde ihm zu Ehren ein Baum in der „Allee der Gerechten“ gepflanzt. In seinem Heimatland selbst wurde er spät rehabilitiert, also nach der „Nelken-Revolution“ von 1974 und dem damit verbundenen Ende der Diktatur und lange nach dem Tod Salazars 1970. Portugal tat sich damit schwer, seinen berühmten Sohn zu

Spätestens seit dem Rundbrief empfand der Generalkonsul Verachtung für den Staatschef.

würdigen. In den 80er Jahren überreichte der damalige Präsident Mario Soares der Familie den „Ordem de Liberdade“, 1988 wurde er vom portugiesischen Parlament rehabilitiert, 1994 wurde in Israel ein Wald nach ihm benannt, vier Jahre später ehrte das Europäische Parlament ihn. Mittlerweile sind zwei Stiftungen nach ihm benannt, sein Leben wurde zweimal verfilmt. „Er war vielleicht kein guter Beamter“, sagt Corinne Schroeder, die Kuratorin der Ausstellung im Luxemburger Nationalarchiv, die das Leben und Schaffen von Aristides de Sousa Mendes zum Thema hat. „Aber er hat vielen Menschen unterschiedlicher Nationen das Leben gerettet.“

Und dies obwohl er selbst keine Vorteile davon hatte. Vielmehr das Gegenteil, betont sie. Seine Motivation sei sicherlich in sein Gewissen und seinem katholischen Glauben zu finden, erklärt Schroeder. Nicht zuletzt sei es seine humanistische Erziehung gewesen, die er als Spross einer Gelehrtenfamilie genossen hatte. Der Anlass zur Ausstellung, die bis zum 22. Februar im Nationalarchiv zu sehen ist, hat Portugals bevorstehender Beitritt zur „International Holocaust Remembrance Alliance“ (IHRA) gegeben, deren Vorsitz Luxemburg zurzeit innehat. Zu sehen sind Fotos, schriftliche Dokumente – Briefe, Zeugnisse, Telegramme – sowie Plakate und Postkarten, Fotos und Filmmaterial (unter anderem der Film „Désobéir“ von 2009) – und großflächig die lange Liste jener, die auf „Mendes' Liste“ (siehe Foto unten) von Visa gelandet sind. Unter ihnen sind auch einige Luxemburger: Großherzogin Charlotte und ihre Familie, aber auch Mitglieder der Exilregierung.

„Verfolgt man die Lebensgeschichte von de Sousa Mendes“, erklärt Corinne Schroeder, „dann beinhaltet diese auch die vielen Schicksale derer, die er gerettet hat.“

Zum Beispiel auch jener luxemburgischer Familien, die unter den großflächig aufgelisteten Namen markiert sind. Zum Beispiel das der jüdischen Familie Ermann. Das Ehepaar, ein Ingenieur und eine Hutmacherin, wohnte mit seiner zehnjährigen Tochter Renée in der Avenue Gaston Diderich in Belair. Sie verließen am 10. Mai 1940 Luxemburg, fuhren mit ihrem Peugeot bis nach Bordeaux, wo sie von de Sousa Mendes am 10. Juni 1940 ein Visa erhielten. Sie erreichten Portugal, wo sie bis 1942 in Caldas da Rainha, hundert Kilometer nördlich von Lissabon, im ersten Stock eines Hauses über einem Stoffgeschäft wohnten, wie sich Renée Ermann später erinnert. Ihre Geschichte gibt sie in einem Videofilm preis, der in der Ausstellung zu sehen ist, neben zahlreichen weiteren filmischen Zeugnissen. „Ich ging auf eine portugiesische Schule und schloss Freundschaften“, erzählt sie. Es war eine glückliche Zeit. Die Familie reiste später per Schiff nach Jamaika weiter, wo sie weitere zwei Jahre verbrachte. Von dort kamen die Ermanns nach Kuba, wo sie ein Jahr blieben, und schließlich 1946 über Miami nach New York. Dort arbeitete die Mutter in einer Krawattenfabrik, der Vater in einer Malerfirma. Noch im selben Jahr, also ein Jahr nach Kriegsende, kehrte die Familie nach Luxemburg zurück. Ein Happy End in einer Zeit der Wirren, des Schreckens und der Verfolgung, die für viele Menschen tödlich endete.

Im Zuge eines Portugal-Aufenthalts sei häufiger die Rede von de Sousa Mendes gewesen, erinnert sich Josée Kirps, die Direktorin des Nationalarchivs. Sie hofft, dass viele vor allem jüngere Menschen durch die Ausstellung auf de Sousa Mendes aufmerksam werden. In Portugal wisse die jüngere Generation nicht viel über den „portugiesischen Oskar Schindler“, hierzulande noch weniger. Durch die Ausstellung und eine weitere ab 14. Februar in der Abtei Neumünster zu sehende, die sich mit den Beziehungen von Luxemburg und Portugal befasst, bringt die Menschlichkeit von Aristides de Sousa Mendes näher, auf dessen Grabstein steht: „Wer ein Leben rettet, rettet die Welt“. Worte aus dem Talmud. Sie fassen in wenigen Worten das zusammen, was der „portugiesische Oskar Schindler“ oder „der Engel von Bordaux“, wie er auch genannt wurde, geleistet hat. ▀

Text: Stefan Kunzmann \ Fotos: Collection des descendants d'Aristides de Sousa Mendes, Collection Famille Karas-Ermann, Philippe Reuter

